

# Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin

## Protokoll

### 56. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

---

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 06.05.2021  
**Sitzungsbeginn:** 17:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 20:13 Uhr  
**Ort, Raum:** JHA: Video-Konferenz;  
<https://global.gotomeeting.com/join/193281949>

---

Anwesend sind:

Herr Oliver Kociolek	Grüne
Herr Tilo Siewer	Grüne
Herr Jürgen Radloff-Gleitze	SPD
Herr Daniel Schwarz	SPD
Herr Robert Bluhm	DIE LINKE
Frau Petra Schrader	DIE LINKE
Herr Dimitri Golodni	CDU
Herr Michael Wehlus	AfD
Frau Josephine Dietzsch	FDP
Frau Susanne Bierwirth	JHA BD
Frau Heidemarie Depil	JHA BD
Frau Sabine Derwenskus-Böhm	JHA BD
Frau Andrea Lang	JHA BD
Herr Dirk Stiebritz	JHA BD
Frau Nathalie Wedlat	JHA BD
Frau Monika Goral	Jugendamtsleiterin
Frau Bezirksstadträtin Ramona Reiser	BzStRätin
Jug	
Frau Asra El-Mohamad	JHA beratendes Mitglied
Frau Monika Fabri	Freigeistige Verbände
Herr Florian Fechtner	ev. Jugend Tiergarten
Herr Armin Gaspers	JHA beratendes Mitglied
Herr Thomas Hänsgen	Behindertenarbeit
Frau Susanna Kerem	jg berlin
Herr James Rosalind	JHA beratendes Mitglied
Frau Alexandra Däxl	JHA beratendes Mitglied
Frau Jutta Schauer-Oldenburg	Integrationsausschuss

Die stellvertretende Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

## **Protokoll:**

### **zu 1 Begrüßung und Genehmigung der TO**

Die vorliegende Tagesordnung ist den Mitgliedern fristgemäß zugegangen.  
Der TOP 4 wird zwischen den TOP 9 und den TOP 10 geschoben.  
Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

### **zu 2 Genehmigung der Protokolle**

#### **zu 2.1 zur 53.Sitzung am 11.02.2021**

Die Genehmigung des Protokolls wird vertagt.

#### **zu 2.2 zur 54.Sitzung am 04.03.2021**

Die Genehmigung des Protokolls wird vertagt.

#### **zu 2.3 zur Sondersitzung am 16.04.2021**

Die Genehmigung des Protokolls wird vertagt.

#### **zu 2.4 zur 55. Sitzung am 29.04.2021**

Die Genehmigung des Protokolls wird vertagt.

### **zu 3 Mitteilungen**

#### **zu 3.1 des JHA-Vorsitzenden**

Es gibt keine Mitteilungen der Vorsitzenden.

#### **zu 3.2 des Bezirksamtes**

Frau BzStRin Reiser berichtet, dass man eine Nachbesetzung des stellvertretenden beratenden Mitgliedes im JHA für die Position der erfahrenen Person in der Lebenswelt junger Menschen suche. Eigentlich gab es im März einen Aufruf, aber bisher keine Interessensbekundung.

Herr Lehmann (Jugendamt) teilt mit, dass der Deutsche Jugendhilfetag aufgrund von Corona in diesem Jahr ausschließlich digital stattfindet. Man werde dort über 100 Fachveranstaltungen mit über 250 Ständen rund um die Jugendhilfe, die die unterschiedlichen Städte, Kommunen oder auch Träger anbieten, in virtuellen Räumen vorfinden. Hierfür richte die Arbeitsgemeinschaft Öffentlichkeitsarbeit gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Jugend einen Stand ein mit dem Motto „Hauptsache Berlin“. Vom 18.- 20. Mai werde man zwölf Speakers-Corner-Beiträgen beiwohnen können. Zu jeder vollen Stunde biete jeweils ein Bezirk ein Angebot an, um die Menschen über verschiedene Themen zu informieren. Mitte sei mit den Themen „Väterlotsen“ und „Active-Workshops“ vertreten.

Frau BzStRin Reiser führt aus, dass sie neue Informationen zum Thema Potse habe. Demnach wurde beiden Kollektiven, also Potse und Drugstore, die Zollgarage des ehemaligen Flughafens Tempelhof-Schöneberg als neuer Standort angeboten. Beide haben grundsätzliche Bereitschaft signalisiert ihre Nutzung an diesem Standort weiterzuführen. Dementsprechend seien bereits konkrete Schritte für eine Nutzungsaufnahme in Auftrag gegeben worden. Dies betreffe den Einbau einer Trinkwasserversorgung und -entsorgung. Die SenSW habe außerdem einen Mietvertrag erarbeitet, der dem Bezirk

Tempelhof-Schöneberg vorgelegt wurde. Auch beim Thema Naturkinder, welches am 04.05 in der BA-Sitzung besprochen wurde, sei eine mögliche Genehmigung fraglich, da man die gleichen Prüfungen und Genehmigungen wie auch an dem angedachten Standort Nordufer erneut initiieren müsste. Problematisch sei zudem die Erschließung, da das Grundstück vor jeglicher Nutzung hergerichtet werden müsste, gewidmet sei und als Ausweichstandort für die Ann-Lindt-Grundschule vorgehalten werde.

Frau Derwenskus-Böhm möchte wissen, ob der Räumungstermin für die Potse bestehen bleibe.

Frau BzStRin Reiser antwortet, dass sie nichts Neues gehört habe.

Frau BV Schrader fragt, ob es eine Zeitschiene gebe, in der die Entscheidungen gefällt werden sollen. Werden neben dem erwähnten Standort auch andere Standorte für so eine temporäre Lösung in Betracht gezogen?

Frau BzStRin Reiser erwidert, dass das Stadtentwicklungsamt den Kontakt zur Elterninitiative halte und mit ihnen Alternativstandorte bespreche.

Frau Goral ergänzt, dass es fraglich sei, ob überhaupt beide Gemeinschaften auf dem Grundstück Platz haben.

#### **zu 4 Rund um Corona**

Frau Goral berichtet, dass der Bund ein Zwei-Milliarden-Euro-Programm zur Förderung von Lernhilfen-, Ferien- und Freizeitmaßnahmen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen und der Familien vor Ort beschlossen habe. Berlin bekomme 56 Millionen Euro von diesem Paket. Die bereits diskutierten „Lernbrücken“ seien nun außerdem mit der Kinder- und Jugendhilfe erweitert worden. Des Weiteren haben einige Studien bewiesen, dass die Pandemie zu erheblichen Auswirkungen bei Kindern und Jugendlichen führen werde. Man müsse gemeinsam überlegen wie man die verschiedenen Leistungsfelder der Jugendhilfe ineinandergreifend verknüpfen könne, um ganz passgenaue Angebote und Konzepte zu kreieren. In Mitte sollte man deshalb mit den Sozialraum-AG und den Fach-AG gucken, wie gute Konzepte erstellt werden können.

Frau Kubisch-Piesk berichtet über die vom Jugendamt intiierte Studie. Man habe während des Lockdowns versucht, den Kontakt zu den Familien aufrecht zu erhalten und sehr unterschiedliche Rückmeldungen bekommen. Daraus entstand dann die Idee Familien, die ambulante und stationäre Leistungen beziehen, zu befragen. Nach mehreren Auswertungen der Familieninterviews in Gesundbrunnen habe man sich entschlossen die Studie fortzusetzen, auf den ganzen Bezirk Mitte auszubreiten und die freien Träger einzubinden. Vor zwei Wochen sei die Fachhochschule Koblenz, mit welcher man eine Kooperation und gute Erfahrungen habe, in Mitte gewesen, um Gruppeninterviews an einer Grundschule und einer Sekundarschule durchzuführen. Im Herbst werden die Teile der Gruppen- und Familieninterviews mit ihren Kindern zusammengeführt. Hier bestehe die Möglichkeit für benachteiligte Familien über ihre Situation zu berichten. In der ersten Studie habe man schon einige Erkenntnisse gewinnen könne, wozu es dann auch einen Artikel geben werde.

Frau BV Schrader möchte wissen, wie der konkrete Zeitplan aussehe, wann die Ergebnisse vorliegen und ob Zwischenergebnisse vorhanden seien, die auch kommuniziert werden.

Frau Kubisch-Piesk teilt mit, dass Ergebnisse im September oder Oktober vorliegen werden. Die Ergebnisse der Gruppeninterviews seien eher da, weil früher begonnen werden konnte. Die Master-Studierenden der Alice-Salomon-Schule, die das berufsbegleitend machen, haben zudem die ersten Kontakte zu den Familien herstellen können. Aus diesem Grund beanspruche es auch mehr Zeit.

Frau BV Schrader erkundigt sich, ob geplant sei zu fragen, wie sich besondere Maßnahmen diverser Art auf die Familien und deren Bedarfe auswirken.

Frau Kubisch-Piesk berichtet, dass ein Fragenkatalog zusammen mit den Studierenden erstellt werde, in welchem unter anderem gefragt werde, inwiefern die Familien diese Situation erlebt haben, was gut gelaufen sei, was als unterstützend empfunden wurde und an welcher Stelle Unterstützung gewünscht worden wäre.

Frau Goral führt aus, dass solche Studien dabei helfen festzustellen, was für bestimmte Zielgruppen angepasst werden können. Allerdings müsse jetzt auch in den AG überlegt werden wie es gelinge den Kontakt zu Kindern und Jugendlichen, die man verloren habe, wiederherzustellen. In seinen jeweiligen Leistungsfeldern müsse man sich damit befassen, abfragen wie das eingeschätzt werde und welche Möglichkeiten an Unterstützung bestehen.

Frau Schauer-Oldenburg merkt an, dass ungefähr 25% der Kinder extrem große Lernrückstände haben und dieser bei den Menschen mit Migrationshintergrund noch weitaus höher sei. Mitte habe die höchste Quote an Schüler\*innen ohne Schulabschluss, die dann aufgrund dessen wieder in den Schoß des Jugendamtes fallen. Wenn man die Familien nicht auffange, werde es ein großes soziales Problem, weshalb es bezirklich und gemeinsam gelöst werden müsse. Der Geldbetrag dürfe nicht wie in der Vergangenheit verschleudert, sondern sinnvoll und nachhaltig eingesetzt werden.

Frau Kroggel merkt an, dass die Wissenschaft mit der Praxis zusammenkommen müsse. Je länger die Lage dauere, desto mehr wunde Punkte und Problematiken fallen auf. Man kenne die Eltern und die Kinder und sehe die Auswirkungen.

Frau Depil informiert, dass in diesem Zusammenhang auch Kitasozialarbeit nochmal helfen werde, um Wohlbedarfe zu unterstützen.

Die Auskunft von SenJug bezüglich des Schreibens von Herrn Beckmann sei, dass sich lediglich die Jugendfreizeiteinrichtungen in öffentlicher Trägerschaft und die in freier Trägerschaft Selbsttests bei den jeweiligen Bezirksämtern abholen können.

Frau Goral berichtet, dass das Impfen nicht nur die Jugendämter, sondern auch Kinder- und Jugendhilfe betreffe. Auch die Träger können mit der entsprechenden Arbeitsbescheinigung vom Arbeitgeber Impftermine machen. Herr Beckmann fügt an, dass die Selbsttests nicht für Einrichtungen der öffentlichen Träger abzuholen seien. Aufgrund des Widerspruchs werde man sich informieren und auf eine Aufklärung von der SenJug hoffen.

## **zu 5      Berichterstattung aus den AG'en 78**

Frau Mägdefrau informiert, dass man eine komplette Jahresplanung auf Basis des Jugendförderungsgesetzes gemacht habe. Zuletzt bekam man Input von veritas, die eine Beratungsstelle für Opfer und Betroffene von Verschwörungserzählungen sei. Die Beratung finde sowohl vor Ort als auch online für Familienangehörige und Betroffene statt, aber auch für die Fachkräfte der Jugendämter und der Jugendhilfe im Hinblick auf Kindeswohlgefährdung im Kontext von verschwörungsgläubigen Familien. Weitere Themen seien die U18-Wahl, der Kinderschutz in Jugendfreizeiteinrichtungen, der Bericht zur Sichtweise junger Menschen, der Jugendförderplan, die Medienbildung, präventiver Kinderschutz besonders erhöhter Pornokonsum bei Kindern und Jugendlichen und Auswirkungen von Corona.

Frau Schauer-Oldenburg fragt, wie und wann die U18-Wahl stattfinden und ob mehr Schulen daran teilnehmen.

Frau Strelow antwortet, dass man momentan 33 Wahllokale, viele Freizeiteinrichtungen und auch ein paar Schulen im Bezirk habe. Mit einigen Schulen stehe man im persönlichen Kontakt, um Projekte und Aktionen vor Ort stattfinden zu lassen, trotzdem werde man Wahllokale an öffentlichen Plätzen aufstellen. Des Weiterem werde das Kinder- und Jugendbüro auch weitere Aktionen und Projekte mit jungen Menschen stattfinden lassen.

## zu 6 **Aktuelle Viertelstunde**

Frau Sauermann fragt, wie der aktuelle Stand hinsichtlich der Kindertagespflege sei. Man habe in einer Sitzung mit Frau Goral, Frau Koch, Herrn Siewer und der Senatsverwaltung die Einwilligung bekommen für die Bezirke Qualitätsunterstützer\*innen einzusetzen, die in den Fachberatungen qualitätsmäßig weiter unterstützen. Mitte habe diese Qualitätsunterstützung noch nicht angefordert und momentan bestehe eher der Eindruck, dass Plätze abgebaut werden.

Frau Goral fügt an, dass am 10.05. der erste Termin der neu gegründeten Arbeitsgruppe stattfinde. Die Qualitätsentwicklung wolle man in der Arbeitsgruppe ausführlich besprechen. Man habe allerdings keine Änderungen vorgenommen, die sich reduzierend auf die Tagespflegen insgesamt auswirken und die Kontrolle der verteilten Pflegeurlaubnisse finde weiterhin statt.

Frau Koch fügt an, dass die Bedarfsprüfung abgeschafft wurde und die Eltern im Jugendamt ein Beratungsangebot erhalten. Dieses könne jedoch erst gemacht werden, wenn die Fachberater\*innen wissen, wie die Verbundtagespflege arbeite. Deshalb habe man die Verbundtagespflege mit einer Rahmenkonzeption um eine Aktualisierung der Konzeptionen gebeten. Es liegen bereits Konzeptionen vor, die geprüft und anschließend mit den Verbundtagespflegestellen fachlich und mit den Eltern beratend besprochen werden.

## zu 7 **Finanzierung der Angebotsform 5 im Haushalt 2021/2022**

Herr Beckmann teilt mit, dass man immer noch diskutiere, wie und in welcher Höhe die Mittel der Angebotsform 5 als Anschubfinanzierung im Bezirk zur Verfügung stehen. Man wolle zudem ein Interessensbekundungsverfahren durchführen, um zentrale Träger für den Bezirk zu finden, die in der Angebotsform mit Expertise in bestimmten Schwerpunktthemen unterstützen und dort zukünftig für den Bezirk Angebote machen sollen. Des Weiteren haben man darum gebeten vorab ein Angebotsverfahren für zusätzliche Einzelangebote in der Angebotsform zu starten, die regional von Trägern der Jugendarbeit beantragt werden können. Dafür sollen 190.000 € sicher zur Verfügung stehen. Bis zur gesetzten Frist am 23.04. habe man mehrere Trägerbewerbungen für die vier vom JHA gesetzten Felder (politische Bildung, Jugendrechtskunde, Sexualpädagogik und präventiver Jugendmedienschutz/Medienpädagogik) erhalten. Dem vorgegebenen Mindeststandard genügten lediglich vier Angebote, die dann kurz- und langfristig in diesen Feldern gute Angebote vorhalten, regional in Kooperation mit Trägern durchführen und auch Träger regional beraten sollen. Die Träger, also die Stiftung SPI für politische Bildung und für Jugendrechtskunde, die tjfbg für präventiven Jugendmedienschutz und das SOS-Kinderdorf Berlin für Sexualpädagogik, wären gesetzt, wenn sie dem Vorschlag des Jugendamtes folgen. Da man eine Förderung des Jugendkulturzentrums „Werk 9“ für Angebote der Jugendkulturarbeit nahegelegt habe, schlage man vor dieses wichtige Themenfeld mit dem gleichen Finanzmittelanteil auszustatten, wie die anderen vier Träger. Sie seien vergleichbar, weil diese Träger Personalanteile für qualifiziertes Fachpersonal in den Finanzplanungen geltend gemacht haben. Jugendkulturarbeit würde jedoch nicht in ein IBV genommen werden, weil man bereits Träger im Bezirk habe. Dadurch hätte man eine bessere finanzielle Ausstattung für überregionale Angebote und zusätzliche Mittel für das Jugendkulturzentrum „Werk 9“. Des Weiteren schlage man vor die Kinder- und Jugendbüros mit Mitteln für das Themenfeld Beteiligung für die Förderung von Kindern und Jugendlichen auszustatten.

Die Beschlussvorlage wird einstimmig genehmigt.

## zu 8 **Jugendhaushalt vor Eckwertebeschluss**

Frau BzStRin Reiser berichtet, dass man das Globalsummenzuweisungsschreiben bereits erhalten und analysiert habe. Außerdem habe man sämtliche Mehrbedarfsanmeldungen aller Ämter übermittelt bekommen. Hier gehe es weiterhin um besonders hohe

pauschale Minderausgaben. In der BA-Sitzung am 11.05. erhalte man dann die kompletten Analyseergebnisse von der SE PersFin und die Information wie viel zusätzliches Personal man in Mitte bekomme. In dem Zeitraum vom 17.05. bis 26.05. werden dann die möglichen Chefgespräche stattfinden, bei welchen die Ämter ihre Mehrbedarfe erläutern und erklären müssen. In der BA-Sitzung am 08.06. müsse dann ein Eckwertebeschluss vorliegen.

Frau Goral informiert, dass am 24.05. die Personalbemessungsgrundlage dem RGB zur Beschlussfassung vorgelegt werden solle. An den Entwurf dieser Vorlage werde die Anmeldung für die Personalmehrbedarfe im Jugendamt geknüpft. Insgesamt habe man sechs Stellen im RSD für das Jahr 2022 und vier weitere für das Jahr 2023 beantragt für eine möglichst einfache Gestaltung. Von diesen ersten Stellen soll eine zweite Kinderschutzkoordination eingerichtet werden, da sich der Kinderschutz thematisch immer weiter ausweitere. Eine feste Stelle als Koordination für das Flexi-Budget wurde ebenfalls beantragt, weil sie mit dem Bereich Familienförderung verknüpft werden müsse. Hierbei werde allerdings nur ein kleiner Teil des Geldes benötigt. Zwei weitere Stellen werden für die Sozialraumkoordination benötigt, um fachlich ausreichend und kompetent zu unterstützen. Das Elterngeld, für welches auch zwei weitere Stellen beantragt wurden, reformiere sich zudem stetig und werde ein immer komplexeres Gesetz, weshalb man der Meinung sei, dass der Bedarf von Eltern an Beratungen zu den Möglichkeiten dieses Gesetzes größer werde. Die Ausweitung solle in Kombination mit dem FamilienService-Büro, das auch eine weitere Stelle erhalten solle, durchgeführt werden, da das Back-Office und das Front-Office sehr gut zusammenwirken müssen. Im Rahmen des Familienförderungsgesetzes bekomme man 313.000 €, die entsprechend veranschlagt wurden.

Frau Schauer-Oldenburg möchte wissen, ob es auf dem Arbeitsmarkt überhaupt so viele qualifizierte Kräfte gebe, die dann eingestellt werden könnten.

Frau Goral antwortet, dass sich das Jugendamt mit der Gewinnung neuer Fachkräfte zukunftsorientiert befasse und eine Vielzahl von Dual-Studierenden und Praktikanten von außerhalb Berlins aufgrund der Eigenwerbung komme. Man habe zudem ein Quereinstiegskonzept erarbeitet, wirke auf dem Berlin-Tag mit und kooperiere mit Hoch- und Fachhochschulen. Das Konzept solle auf den ganzen Bereich Leistungsverwaltung ausgeweitet werden, weil dort mittlerweile die gleichen Probleme herrschen. Außerdem werden Bewerbungsgespräche geführt, Hospitationen ermöglicht und verschiedene Erprobungs- und Schnuppermöglichkeiten angeboten. In dem Zuweisungsschreiben seien die zusätzlichen Mittel für die Jugendförderung enthalten und für die Familienförderung umfangreiche Mehrbedarfe aufgenommen. Für Berlin erhalte man insgesamt zwei Millionen Euro, wovon Mitte lediglich 80.000,-€ bekomme. Bei der Berechnung der Budgets für die einzelnen Bezirke versuche man diese so aufzuteilen, dass am Ende eine möglichst gleiche Verteilung vorliege. Einige Familienzentren wurden zudem aus Landesmitteln finanziert, da Mitte ein sozial benachteiligter Bezirk sei und somit die Landesmittel vorrangig bekomme. Erschwerend komme außerdem hinzu, dass die Grundlage, auf welche die 80.000 € aufliegen, die Summe aus dem Produktbudget auf Basis der KLR-Daten von 2019 und der Ist-Kosten von 2020 sei. Da in Corona-Zeiten mehr Geld in Mitte und in anderen Bezirken weniger Geld ausgegeben wurde, erhalte Mitte insgesamt weniger Geld als Produktsumme für die Familienförderung. Die Mittel bezüglich des Themas Coaching/ Jugendberufsagentur stehen weiterhin zur Verfügung.

Frau Depil fragt, ob die zwei Millionen Euro der gesamte Betrag seien, der für Berlin zur Verfügung stehe.

Frau Goral erwidert, dass diese zwei Millionen als Transfer bereitstehen. Die Familienservicebüros, die auch zum Familienförderungsgesetz gehören, erhalten pro Bezirk 333.333 €, wodurch vier Millionen Euro für die Bezirke zusammenkommen. Insgesamt bekomme man also sechs Millionen Euro für Berlin.

Frau BV Schrader weist darauf hin, dass man wohl auf insgesamt ca. 20 Millionen Euro in den nächsten Jahren komme und diese zwei Millionen Euro lediglich der erste Teil seien. Dazu kommen eine Millionen Euro pro Jahr als Kofinanzierung, wenn die Bezirke eigene

Projekte anschieben. Bei der Familienförderung werde nochmal sortiert, da in den letzten Jahren viele Dinge über das Land liefen, die eigentlich bezirkliche Aufgaben seien, wie beispielsweise die Familienzentren. Gleichwohl habe der Rat der Bürgermeister gebeten das Budget zu erhöhen. Im Herbst sei es dem neu gewählten Abgeordnetenhaus im Zuge der Beschlussfassung über den nächsten Haushalt unbenommen das Budget zu erhöhen.

Frau Depil fragt, ob die Abschichtung von Landesprojekten im Bezirk eine Verbesserung zum Ist sei.

Frau BV Schrader antwortet, dass es keine Verbesserung sei aber sich neu sortiere. Wenn die Bezirke im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung für den kommen Haushalt für die Familienzentren noch was dazu bekommen, verbessere sich die Situation insgesamt.

Frau Depil befürchtet, dass durch die Overhead-Kosten, die nun dazukommen, Geld für die Gemeinkosten des Bezirkes abgezogen werden könnte.

Frau Goral erklärt, dass die 94.000 € als Sonderkalkulationsmittel ankommen. Da müsse man sich nicht fragen, ob damit die Overhead-Kosten finanziert werden, sondern ob sie hinsichtlich der Tarifierhöhungen ausreichend seien.

Frau BV Schrader ergänzt, dass zuerst die Mittel für weitere Angebotsformen, also zweimal fünf Millionen Euro, an die Bezirke und dann die Mittel für die Familienförderung ausgereicht werden. Der Bürgermeister und Haushaltszuständige habe versichert, dass er sich daran halte und die Mittel, die vom Land kommen, zweckbestimmt zur Verfügung stellen werde.

## **zu 9 Zielvereinbarungen Kitaausbau/Sprachförderung - Antworten auf eingereichte Fragen**

Frau BzStRin Reiser führt aus, dass das BA-Zielsystem mit den gemeinsamen BA-Ziele gehe. Hierzu habe man dem Ausschuss etwas schriftlich zugeleitet und die Möglichkeit eröffnet, dem Bezirksamt Fragen zukommen zu lassen.

Frau Samuray teilt mit, dass die Durchführung der Sprachfördergruppen auf Grundlage eines Halbtagsplatzes finanziert sei. Die Ausstattung für entsprechende Gruppen müsse sich aber aus dem finanziere, was für den Halbtagsgutschein komme. Deshalb werde geprüft, inwieweit aus Restmitteln pro Platz nochmal 500 Euro als Erstausrüstung zur Verfügung gestellt werden können. Man plane außerdem an drei weiteren Standorten Gruppen einzurichten. Drei Schulen haben sich hier trotz der Raumnot dazu entschlossen Räume für eine Sprachfördergruppe zur Verfügung zu stellen.

Frau BV Schrader fragt, ob ein solcher Bedarf mit Vorrang gedeckt werde, wenn dieser festgestellt werde, die Eltern verpflichtet werden ein Sprachförderangebot anzunehmen, beim Jugendamt vorbeikommen und nach einem Kitaplatz fragen oder werde auf ein Angebot in einer Sprachfördergruppe verwiesen. Wie werde dies im Praktischen gehandhabt und unterstütze die im Bericht benannte Mitarbeiterin auch bei der Kitaplatzsuche?

Frau Samuray führt aus, dass man Frau Buczko projektbezogen für diese Aufgabe einsetze. Sie werde drei Tage in der Woche im Rathaus tätig sein und zwei Tage direkt im Sprachförderzentrum, um die Gelegenheit zu haben, in vielen Situationen möglichst einen schnellen Kontakt zum Sprachberater\*innenteam herzustellen. Die Eltern haben die Entscheidungsmöglichkeit zwischen Kitaplatz und Sprachfördergruppe. Wenn das Kind aber einen Förderbedarf über die Sprachförderung hinaus habe, müsse dieses in jedem Fall mit einem Kitaplatz versorgt werden. Sofern die Eltern ganz klar einen Kitaplatz wollen, gehe die Beratung in den Fachdienst Tagesbetreuung von Kindern über. Frau Buczko berate die Eltern und unterstütze sie auch beim Ausfüllen von Formularen.

Frau Koch teilt mit, dass man eine klare Verabredung habe wie die Familien in den Fachdienst begleitet und dort weiter betreut werden. Die Familien kriegen eine persönliche

Einladung und bekommen dann ein Beratungsgespräch vor Ort. Zudem sei sie im Gespräch mit verschiedenen Trägern, inwieweit die Zusammenarbeit verbessert werden könne, weil die große Trägerliste schwer zu bearbeiten sei.

Herr Lehmann fügt an, dass der Kitastandort am Nordufer 28 nicht realisiert werden könne, weil eine Kindertagesstätte an diesem Standort städtebaulich nicht möglich sei. Man habe eigentlich geplant Angebote rund um die Kita zu integrieren und war mit dem Sozialamt in Überlegungen zu einem Kooperationsprojekt.

Frau BV Schrader möchte wissen, ob es andere Vorstellungen gebe die Liegenschaft zu nutzen und in wessen Fachvermögen sich diese befinde.

Herr Lehmann antwortet, dass die Liegenschaft sich in keinem Fachvermögen befinde, sondern sich im allgemeinen Finanzvermögen befinde. Das Sozialamt habe nun die Möglichkeit das gesamte Haus zu nutzen und auch Vorstellungen, wobei es sich hier eher um Wohnprojekte handele.

Frau BV Schrader fragt, wo sich der Bezirk aktuell im Bezug auf die zwei Zielvereinbarungen sehe.

Frau BzStRin Reiser erläutert, dass in dem Berichtsblatt die erwarteten Werte für das Jahr stehen. Die nächste Berichterstattung stehe demnächst an, wodurch die Prognosen dann immer konkreter werden.

Frau Bierwirth berichtet, dass sie sich eine Stellungnahme zu ihren Detailfragen bezüglich der Kosten wünsche. Inwiefern sei es bei neuen IBV möglich, wenn es um die Schaffung von Kitaplätzen im Rahmen von Neubauten auf Grundstücken des Bezirkes gehe, in den Ausschreibungen auch künftig Träger einzuladen, die sich im Konzept bewerben. Dabei sei die Schaffung von heilpädagogischen Fördergruppen besonders zu berücksichtigen.

Frau Koch erwidert, dass sie die Rückmeldung von SenJug auf die Detailfragen erhalten habe, dass weitere über die Tabelle hinausgehende Fragen nicht beantwortet werden können.

Frau Bierwirth erklärt, dass es beim Lesen der Tabelle schwerfalle, die Kosten in Relation zu den Gesamtkosten zu setzen. Es werde nicht erwähnt wieviele Projektmittel insgesamt für den Neu-, Aus- und Umbau und die Schaffung von Kitaplätzen veranschlagt wurden. Es werde nicht ersichtlich, wieviel ein Platz koste.

Frau Koch fügt an, dass die Information von SenJug die Einrichtung solcher Gruppen zu unterstützen sehr neu sei. Nun werde man schauen, wie der Bedarf in Mitte sei. Könne man dort Träger ansprechen, gebe es die Möglichkeit solche Gruppen auszubauen und stehen die Gelder bereit?

## **zu 10 Beratung von Drucksachen**

### **zu 10.1 Für eine partizipative, verlässliche und zukunftsichernde Kindertagesbetreuung in Mitte!**

#### **Drucksache: 2854/V**

Herr BV Golodni (Fraktion der CDU) weist darauf hin, dass ähnlich wie zum Schulentwicklungsplan auch für die Kitas eine solche Erarbeitung erforderlich sei.

Herr Lehmann hebt positiv hervor, dass die Aufmerksamkeit an der Kitaplatzentwicklung gestiegen sei. Das Jugendamt erarbeite jährlich einen Kita-Entwicklungsplan, der mit dem Schulentwicklungsplan vergleichbar sei. Es gebe ein berlinweites standardisiertes Verfahren. Das Ergebnis stelle Frau Koch regelmäßig im Herbst vor.

Auf Grundlage des Beschlusses 2432/V, „Fahrplan für die Gewinnung von Schul- und Kitastandorten vorlegen“, werde zudem halbjährlich berichtet. Vierteljährlich werde im Rahmen des Zielsystems (wie in der heutigen Sitzung erwähnt)



berichtet.

Es bestehe somit nach Ansicht des Jugendamts ein sehr umfangreiches Nachweiswerk. Mit Berücksichtigung der personellen Kapazitäten würde es das Jugendamt begrüßen, wenn diese von der BVV als ausreichend angesehen würden.

Herr BV Schwarz (Fraktion der SPD), Frau Schauer-Oldenburg und Frau Depil (Bürgerdeputierte) hinterfragen die Intention des Antrags, da nicht ersichtlich sei, ob es sich um eine frühzeitige Beteiligung handle oder um ergänzende Berichtsinhalte. Frau Bierwirth, weist darauf hin, dass Betroffene im Sinne der Eltern durch Vertreter\*innen des BEAK beteiligt seien.

Der Antrag wird vertagt, da ihn die einbringende Fraktion nochmal besprechen möchte.

## zu 11

### Verschiedenes

Frau BzStRin Reiser informiert, dass es eine Rückmeldung der Caritas bezüglich der Erbschaft Friesecke gebe. Die Caritas bitte darum die erhaltenen Mittel anders zu verplanen. Faktisch brauche man keinen formalen Beschluss und rein haushalterisch sei es in Ordnung. Die Zielgruppe, der Träger und der Ort bleiben gleich. Es gehe nur noch darum, dass der Träger am selben Ort zwei studentische Hilfskräfte finanzieren möchte, um die schulische Arbeit in der derzeitigen Corona-Situation zu unterstützen.

Frau Goral teilt mit, dass Mittel eingesetzt werden sollen, damit dieses Angebot jetzt stattfinden könne. Man habe 30.000 € bewilligt bekommen und an diesem Standort sollte diese Bewegungslandschaft gebaut werden. Der Bau sei jetzt aber gar nicht mehr möglich, weil sich alles durch die Corona-Krise verzögert habe, weswegen die Bauangelegenheit im Frühling gestoppt werden musste. Deshalb habe der Träger „Kinder- und JugendHaus Vom Guten Hirten“ beantragt, diese Mittel anders verwenden zu dürfen. Man möchte pädagogisches Personal einsetzen neben der regulären betreuenden Erziehung einsetzen, um das Home-Schooling besser stemmen zu können, weil die Anforderungen sehr hoch seien.

Frau BV Stein merkt an, dass es zwei unterschiedliche Ansätze seien. Wenn das Geld jetzt für Personalmittel ausgegeben werde, sei es auf einen Zeitraum begrenzt und nicht langfristig. Deswegen sollte die Vergleichbarkeit der Ansätze nochmal im Ausschuss besprochen werden.

Frau Goral erwidert, dass sehr verschiedene Konzepte und Anliegen waren, die damals beantragt wurden und eine Vielfalt dieser Angebote dahinterstecke. Auch für andere Träger mit anderen Angeboten wurden Personalmittel bewilligt. Alles konnte für diese Zielgruppe beantragt werden.

Der Ausschuss beschließt, dass die Abstimmung in Form eines Umlaufverfahrens stattfinde und auf Grundlage derer das Jugendamt agieren könne.

Die Vorsitzende verabschiedet die Teilnehmer\*innen und schließt die Sitzung.

gez.  
Petra Schrader  
stellv. Vorsitzende

Bonitz  
Protokollant (BVV-Büro)